



Stand des Ratifizierungsprozesses der Europäischen Verfassung

Am 29. Oktober 2004 haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ (BT-Drs. 15/4900) in Rom unterzeichnet. Dieser Vertrag kann jedoch erst in Kraft treten, wenn er **von jedem Mitgliedstaat** nach dem in seiner Verfassung vorgeschriebenen Verfahren **ratifiziert** wurde. Die Europäische Verfassung nennt den 01. November 2006 als Zieldatum ihres Inkrafttretens. Bis dahin müssen die Ratifikationsurkunden aller Mitgliedstaaten hinterlegt worden sein. Ist dies nicht der Fall, so wird sie am ersten Tag des zweiten Monats nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch den Mitgliedstaat, der als letzter ratifiziert, in Kraft treten. Momentan durchläuft die europäische Verfassung die nationalen Ratifizierungsverfahren. Je nach juristischer und geschichtlicher Tradition der einzelnen Länder unterscheiden sich die hierfür von den Verfassungen vorgesehenen Verfahren - Referendum, Annahme durch das Parlament oder Kombination von beidem.

Als erster Mitgliedstaat hat Litauen auf dem **parlamentarischen** Weg und mit deutlicher Mehrheit im November 2004 die Europäische Verfassung ratifiziert. Ebenso ratifiziert haben inzwischen Ungarn, Slowenien, Italien und zuletzt Griechenland. Ratifizierung durch das Parlament ist auch in Belgien, Estland, Finnland, Lettland, Malta, Österreich, Schweden, der Slowakei und Zypern vorgesehen. In **Deutschland** müssen Bundestag und Bundesrat - jeweils mit verfassungsändernder Zweidrittelmehrheit – zustimmen. Die Abstimmung im **Bundestag** ist am **12. Mai 2005**, im **Bundesrat** am **27. Mai 2005**.

In den anderen Staaten finden **Referenden** statt, wobei teilweise zusätzlich parlamentarische Ratifizierungen erforderlich sind. Ein Referendum ist „obligatorisch“, wenn es verfassungsrechtlich zwingend abzuhalten ist; „fakultativ“, wenn seine Durchführung auf einer politischen Entscheidung beruht. „Konsultativ“ ist ein Referendum, im Gegensatz zum „bindenden“ Referendum, wenn die Staatsorgane entscheiden können, ob sie sich dem Abstimmungsergebnis anschließen.

Sowohl parlamentarische als auch direkt demokratische Ratifizierung der Europäischen Verfassung ist in folgenden Ländern vorgesehen: Großbritannien, Irland, Luxemburg, Niederlande und Spanien. Ein – bindendes – Referendum, bei dem die Mehrheit für die Annahme der Europäischen Verfassung votierte, hat bisher nur in Spanien stattgefunden. Am 28. April 2005 erfolgte dann die parlamentarische Ratifizierung. Die außerdem erforderliche Zustimmung des Senats ist jetzt nur noch reine Formsache.

In **Frankreich** wird am **29. Mai 2005** ein Referendum durchgeführt. Der Ausgang wird mit Spannung erwartet, da Frankreich zu einem der wichtigen Kernstaaten der EU zählt, die derzeitige Einstellung der französischen Bevölkerung zur Europäischen Verfassung aber schwer einzuschätzen ist. In vier weiteren Mitgliedstaaten – Dänemark, Polen, Portugal und der Tschechischen Republik – entscheidet das Volk im Wege eines Referendums über die Ratifikation des Verfassungsvertrages.

Da das Inkrafttreten der Europäischen Verfassung von einer Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten abhängt, hat sich der Konvent zudem mit der Frage befasst, was geschehen würde, wenn einer oder mehrere der 25 Mitgliedstaaten die Verfassung ablehnen. In Art. IV-443 Abs.

4 der Europäischen Verfassung findet sich ein Lösungsversuch, der wie folgt lautet: „Haben zwei Jahre nach der Unterzeichnung vier Fünftel der Mitgliedstaaten den genannten Vertrag ratifiziert und sind in einem Mitgliedstaat Schwierigkeiten bei der Ratifikation aufgetreten, so befasst sich der Europäische Rat mit der Frage.“

Übersicht zum Stand des Ratifizierungsprozesses in den Mitgliedstaaten

1. Ratifikation bereits abgeschlossen

Mitgliedstaat	Ratifikationsdatum	Ratifikationsverfahren
Litauen	11.11.2004	Parlamentarisch
Ungarn	20.12.2004	Parlamentarisch
Slowenien	01.02.2005	Parlamentarisch
Italien	06.04.2005	Parlamentarisch
Griechenland	19.04.2005	Parlamentarisch

2. Ratifikation laufend

Mitgliedstaat	Ratifikationsdatum (voraussichtlich)	Ratifikationsverfahren
Spanien	Referendum: 20.02.2005 Parlament: 28.04.2005 Senat: Juni 2005	Referendum (Wahlbeteiligung: 42,3 % Ja-Stimmen: 76,7 %) und Parlamentarisch
Zypern	09.05.2005	Parlamentarisch
Österreich	12.05.2005	Parlamentarisch
Deutschland	12.05.2005 (Bundestag) 27.05.2005 (Bundesrat)	Parlamentarisch
Frankreich	29.05.2005	Fakultatives Referendum
Niederlande	01.06.2005 (Referendum)	Konsultatives Referendum und Parlamentarisch
Luxemburg	10.07.2005 (Referendum)	Konsultatives Referendum und Parlamentarisch
Polen	25.09.2005	Fakultatives Referendum
Dänemark	27.09.2005	Obligatorisches Referendum
Portugal	09.10.2005	Fakultatives Referendum
Großbritannien	09.02.2005 (Unterhaus) 04.05.2006 (Referendum)	Fakultatives Referendum und Parlamentarisch

3. Ratifikation noch nicht begonnen

Mitgliedstaat	Ratifikationsdatum (voraussichtlich)	Ratifikationsverfahren
Belgien	Mai 2005	Parlamentarisch
Slowakei	Mai 2005	Parlamentarisch
Lettland	Mitte 2005	Parlamentarisch
Malta	Mitte Juli 2005	Parlamentarisch
Schweden	Dezember 2005	Parlamentarisch
Finnland	Ende 2005	Parlamentarisch
Irland	Ende 2005/Anfang 2006	Obligatorisches Referendum und Parlamentarisch
Tschechien	Juni 2006	Fakultatives Referendum
Estland	bisher kein Datum festgelegt	Parlamentarisch